

Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 20 / 2013

MIT EINEM LÄNDERSCHWERPUNKT:
GRIECHENLAND

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2012
- MUSICA PRO PACE 2012
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2012-2013

Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke, Ev. Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück (Vorsitz)
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)
Prof. i.R. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Alrun Niehage†, Ökotropologie, Hochschule Osnabrück
Prof. Dr. Arnulf von Scheliha, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Bülent Ucar, Islamische Religionspädagogik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Thomas Vogtherr, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück
Dr. Henning Buck (Geschäftsführung)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Henning Buck

Redaktionelle Mitarbeit: Nina Chapman, Joachim Herrmann,

Dr. Michael Pittwald, Jutta Tiemeyer

Einband: Tevfik Göktepe; Foto: Dirk Höltermann, Neuss

Wir danken für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche:

- der Oldenburgischen Landesbank AG
- den Stadtwerken Osnabrück AG
- dem Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

Redaktionsanschrift: Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche

Universität Osnabrück, Neuer Graben 19 / 21, D-49069 Osnabrück

Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, Fax: + 49 (0) 541 969 14668

E-mail: ofg@uni-osnabrueck.de – Internet: www.friedensgespraeche.de

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

1. Aufl. 2013

© 2013 Göttingen, V&R unipress GmbH mit Universitätsverlag Osnabrück.

Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany: Hubert & Co., Göttingen.

Gedruckt auf säurefreiem, total chlorfrei gebleichtem Werkdruckpapier; alterungsbeständig.

ISBN: 978-3-8471-0196-3

ISSN: 0948-194-X

Inhalt

Vorwort der Herausgeber.	7
Editorial.	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2012

<i>Korea – Von feindlicher Ko-Existenz zur Einheit?</i> Mit Eun-Jeung Lee, Hartmut Koschyk, Karin Janz.	15
--	----

<i>Krieg und Frieden auf der (Welt-)Bühne</i> Mit Carolin Emcke, Reinhold Robbe, Ulrich Khuon.	35
---	----

<i>Das Recht auf Religionsfreiheit und die Verfolgung religiöser Minderheiten</i> Mit Heiner Bielefeldt, Maria Flachsbarth, Holger Nollmann	61
--	----

<i>Die Menschheit altert – Herausforderung für das 21. Jahrhundert</i> Mit Craig Mokhiber, Vladimir Spidla, Henning Scherf	87
---	----

LÄNDERSCHWERPUNKT: GRIECHENLAND

<i>Wir alle sind Partner in der Europäischen Union.</i> <i>Festvortrag zum Tag der Deutschen Einheit</i> Von Konstantinos Simitis	111
---	-----

II. MUSICA PRO PACE – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2012

Stefan Hanheide, Osnabrück »Ihr verfluchten Kriege!«. <i>Lieder zum Ersten Weltkrieg</i>	129
---	-----

Stefan Hanheide, Osnabrück
*Wiedergeburt der ›polnischen Seele‹ in der »Symphonie e-Moll«
von Mieczysław Karłowicz 153*

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

LÄNDERSCHWERPUNKT: GRIECHENLAND

Dimitris K. Maretis, Osnabrück
*Griechenland und Deutschland in der Krise:
eine schwierige Partnerschaft 161*

Chryssoula Kambas, Osnabrück
*Vom Memorandum zu Memoria. Deutsche Gedächtnisausfälle zum
Zweiten Weltkrieg und Deutschlandbild in der griechischen Krise . . . 169*

Ingeborg Tömmel, Osnabrück
*Griechenland und die Europäische Union:
eine Partnerschaft wider Willen? 183*

György Széll, Osnabrück
Frieden auf der koreanischen Halbinsel? Ein Epilog 195

Rainer Werning, Köln
Metamorphosen der Macht: Myanmars Militär 207

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 225
Abbildungsnachweis 231

■ I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2012



Friedensgespräch unter dem Titel »Krieg und Frieden auf der (Welt-)Bühne«
im Theater Osnabrück am 15. April 2012.

Die Menschheit altert – Herausforderung für das 21. Jahrhundert

Podiumsveranstaltung in Kooperation mit
HelpAge Deutschland e.V. am 5. Dezember 2012
in der OsnabrückHalle

<i>Craig Mokhiber</i>	UN-Hochkommissariat für Menschenrechte, Genf
<i>Dr. Vladimír Špidla</i>	EU-Kommissar a.D. für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, Ministerpräsident a.D. der Tschechischen Republik
<i>Dr. Henning Scherf</i>	Schirmherr der Hilfsorganisation HelpAge Deutschland, Bürgermeister a.D. und Präsident a.D. des Senats der Freien Hansestadt Bremen
<i>Pinar Atalay</i>	Journalistin, Gesprächsleitung

Pinar Atalay: Wir wollen über das Altern sprechen, über die steigende Lebenserwartung der Menschen und die Folgen dieser Entwicklung. 2050 wird jeder Dritte in Deutschland über 60 Jahre alt sein.

Spannend ist das Thema auch, weil es generationenübergreifend alle Menschen betrifft: Es geht die heute Fünfjährigen ebenso an wie diejenigen, die dreißig oder sechzig Jahre alt sind. Wir wollen auf die aktuelle Situation schauen, aber auch in die Zukunft blicken. Die Menschheit altert: Wir wollen auch festhalten, dass das etwas Erfreuliches ist. Der medizinische Fortschritt und unsere wirtschaftliche Situation ermöglichen es uns, alt werden zu können.

Doch welcher Preis ist dafür zu zahlen? Und wie sehen es unsere Nachbarn in der übrigen Welt? Wie ist die Lage dort?

Herr Scherf, die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat eine Expertenkommission unter Ihrer Leitung einberufen, die »Handlungsempfehlungen zum Abbau von Altersdiskriminierung« geben soll. Der Bericht Ihrer

Kommission ist soeben erschienen. Was sind die Probleme alter Menschen heute in Deutschland und wie blicken Sie in die Zukunft?

Henning Scherf: In dieser Kommission haben wir uns auf die Felder Arbeitsrecht, Sozialrecht, Pflegediskriminierung, Finanzen und Wohnen konzentriert. In diesen Bereichen trifft man sehr unterschiedliche Formen von Altersdiskriminierung an. Das betrifft übrigens nicht nur die Alten, sondern auch die Jungen: Wenn Sie als junger Mensch zur Bank gehen und sagen, dass Sie ein Geschäft gründen wollen, werden Sie gefragt, wie viel Geld Sie haben. Wenn Sie antworten, dass Sie nichts haben und erst mit dem zu gründenden Geschäft Geld verdienen wollen, bekommen Sie keinen Kredit.

Die Problematik der Altersdiskriminierung ist also vielfach vorhanden, und dies ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen und als rechtswidrig und als Verstoß gegen Menschenrechte und Grundgesetz erkennbar zu machen, ist unsere Aufgabe.

Auch auf dem Arbeitsmarkt ist es schwierig, ab 50 Jahren noch eine Anstellung zu finden. Das ist nicht in Ordnung und stellt eine Benachteiligung dar, bei der allein das Alter als Ausschlusskriterium gilt. Richtig wäre es, die Stellenbewerber nach den Kompetenzen und der Qualifikation zu fragen. Hier müssen geänderte Gesetze und eine veränderte Praxis Abhilfe schaffen.

Pinar Atalay: Herr Spidla, die Euro-Krise trifft vor allem auch ältere Menschen. In Griechenland wissen viele Rentner nicht mehr, wovon sie sich etwas zu essen kaufen sollen.

Vor welchen Problemen stehen wir in Europa?

Vladimir Spidla: Aktuell ist die Währungs- und Finanzkrise sehr tief greifend. Aber die langfristige demografische Entwicklung wird davon kaum berührt; diese Krise wird eines Tages vorbei sein. Man erkennt daran aber, dass die europäischen Länder in sehr unterschiedlichen Ausgangspositionen sind. Das gilt auch für die Frage der demografischen Entwicklung. In Deutschland z.B. beträgt die Geburtenrate 1,3, in Frankreich dagegen etwa 2,0. In 15 Jahren wird Frankreich mehr Einwohner haben als Deutschland. In Zentral- und Mitteleuropa gibt es Länder, die ärmer sind als Deutschland, deren Renten- und Pensionssystem aber weniger arme Leute hervorbringt als das deutsche. Damit will ich sagen, dass es nicht nur eine Frage des Geldes ist, sondern eine Frage des Konzepts, der Organisation und der Prinzipien. Natürlich ist die Frage von Reichtum und Armut wichtig. Doch mehr als vom Geld, muss man von den Konzepten sprechen. Die Lage in

Griechenland ist so schwierig für die Pensionäre, weil das Pensionssystem in Griechenland niemals gut war. Dort gab es immer das Problem der Armut im Ruhestand. Als sich die Lage verschlechterte, kollabierte das System. Wir können die Krise zwar nicht durch Sozialsysteme *bewältigen*, aber gute Sozialsysteme sind wichtig in schlechten Zeiten.

Pinar Atalay: Herr Mokhiber, von demografischen Alterungsprozessen sind die Entwicklungsländer am stärksten betroffen. Wie beurteilen Sie die Entwicklung in diesen Ländern?

Craig Mokhiber: Es ist bemerkenswert, und zwar nicht im positiven Sinne, wie schnell die Lücke zwischen hoch entwickelten Ländern und Entwicklungsländern sich schließt. Denn was die Lage älterer Menschen angeht, so ist unsere Sorge eben nicht auf die unterentwickelten Länder beschränkt. Gerade während finanzieller Krisenzeiten sehen wir, dass soziale Schutzmechanismen besonders für die wehrlosesten Gruppen der Gesellschaft – und dazu gehören ältere Menschen zunehmend – unwirksam werden, denn sie sind den Auswirkungen der Krise am meisten ausgesetzt.

Die Probleme, über die wir heute sprechen wollen, sind wirklich weltweit anzutreffen. Sicherlich gibt es in den Entwicklungsländern ganz spezielle Herausforderungen. Aber die Gründe dafür, dass wir bessere Schutzmechanismen für ältere Menschen für erforderlich halten, sind wirklich universelle Besorgnisse. Eine dieser Herausforderungen ist die demografische Entwicklung. Am Ende dieses Jahrzehnts werden wir uns in einer Situation befinden, in der auf der Erde eine Milliarde ältere Menschen leben wird. Wenig später wird die Zahl älterer Menschen zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit die Zahl der Kinder übersteigen.

Die Entwicklung unserer sozialen Strukturen, der Gesetzgebung und der Institutionen hat mit der demografischen Entwicklung, wie sie sich nicht nur in den Entwicklungsländern des Südens zeigt, sondern auch im Norden Realität geworden ist, nicht Schritt gehalten. Dies hat jetzt die weltweite Finanzkrise noch verschärft. Wir stehen, was die Menschenrechtssituation im Allgemeinen angeht, vor großen Herausforderungen, und insbesondere hinsichtlich der Rechte älterer Menschen gilt das über Regions- und Ländergrenzen hinweg. Dabei geht es sicher einerseits um Art und Größe der zur Verfügung stehenden Ressourcen. Viele Probleme rühren andererseits von althergebrachten, überholten Einstellungen her, die trotz veränderter Geburtenraten, verlängerter Lebenserwartung, Fortschritten in der Medizin und verbesserter Gesundheitsversorgung fortbestehen. Diese Faktoren haben ja überall auf dem Globus zum Wachstum

der Bevölkerungen und damit zur Veränderung der demografischen Lage beigetragen.

Pinar Atalay: Manchmal entsteht der Eindruck, wir würden vom demografischen Wandel überrascht. Alle scheinen ein bisschen hinterherzuhinken. Woran liegt das?

Craig Mokhiber: Ich denke, die Antwort ist: an der Langsamkeit der Politik. Die Gegebenheiten vor Ort ändern sich viel schneller, als die nationalen und internationalen Institutionen reagieren können. Ich glaube allerdings, dass wir jetzt den Punkt erreichen, an dem diese Situation unhaltbar wird. Die 1948 verabschiedete *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* nahm die Schaffung einer weltweiten, neuen Ordnung für alle Menschen sehr ernsthaft in den Blick, in der es das Hauptanliegen allen Regierungshandelns sein sollte, jeden Menschen, ohne jegliche Diskriminierung, von Angst und Not zu befreien. Und um sicherzustellen, dass »Diskriminierung« richtig verstanden wird, konkretisierte die unter anderem von *Eleanor Roosevelt* federführend erarbeitete Deklaration, dass jegliche Benachteiligung aufgrund der Rasse, des Geschlechts, der Sprache, der Religion oder anderer Besonderheiten nicht toleriert werden sollte.

»Alter« wurde dabei nie erwähnt. Die Wahrheit heute ist, dass die Altersdiskriminierung zunimmt, sogar dort, wo Rassismus und Sexismus zurückgehen. In dieser bitteren Lage sind wir heute – weit entfernt vom Optimismus des Jahres 1948, als die UN-Menschenrechtscharta beschlossen wurde. Umso mehr muss heute gelten: Es ist Zeit für ein *update!*

Pinar Atalay: Hat die Politik da Entscheidendes versäumt?

Henning Scherf: Die demografischen Veränderungen haben ein Ausmaß erreicht wie noch nie zuvor in der Geschichte der Menschheit, und dieser Trend hält an. Fast überall auf der Welt haben die Menschen zunehmend längere Lebensperspektiven. Damit werden traditionelle Beurteilungskriterien infrage gestellt. Die Gleichung »alt werden = arm werden« darf da nicht mehr gelten. Wir müssen dahin kommen, dass das Altwerden eine Chance ist, die gestaltet werden kann und muss. Vor zwanzig Jahren wurden die Leute aus dem Arbeitsleben herausgedrängt und mit der Botschaft verabschiedet, dass es doch schön sei, nicht mehr zu arbeiten. Inzwischen merken wir, dass das für die Menschen und für die Gesellschaft nicht gut ist. Aber da muss sich noch vieles ändern: Unsere Gesetze, unsere Tarifverträge, unsere Sozialversicherungssysteme und unsere Nachbarschaften passen nicht zu dieser Entwicklung. Viele alte Leute wohnen in

Wohnungen, die für junge Familien gebaut wurden, und in den Städten sind diese Wohnungen bis zu 50% von Singles bewohnt; da geht die Rechnung nicht mehr auf. Mit einer kleinen, schnellen und vermeintlich schlaunen Korrektur ist es aber nicht getan. Das Ganze muss neu gedacht werden. Wir müssen uns auf eine neu zusammengesetzte Gesellschaft einstellen. Das braucht Zeit und viel Druck von unten.



Craig Mokhiber, Henning Scherf, Vladimir Spidla und Moderatorin Pinar Atalay

Pinar Atalay: Herr Spidla, ist dieser Druck ausreichend? Geschieht genug? Man hat den Eindruck, dass es viele kleine Schritte gibt, aber keinen großen Wurf.

Vladimir Spidla: Dieser Eindruck ist eine Frage der Perspektive. Es ist unmöglich, die Probleme auf einen Schlag, mit einer Revolution, zu lösen. Nötig sind radikale Reformen, aber unser Handeln muss sich darauf einrichten, dass wir Zeit brauchen werden. Als Sozialpolitiker prophezeie ich, dass eine wirkliche Wende erst im Verlauf von mehreren Generationen eintreten wird. Man kann solche komplexe Systeme nicht in drei oder fünf Jahren ändern. 1900 betrug die Lebenserwartung etwa 40 Jahre. Heute sind es im Schnitt 80 Jahre. Wir haben sozusagen zwei Leben bekommen. Das ist ein Erfolg, doch alle Erfolge haben ihre Konsequenzen und bringen Probleme mit sich. Sicher muss man über Änderungen nachdenken, aber wir müssen auch im philosophischen Sinn einräumen, dass die Menschen keine Nutztiere sind. Oftmals werden Menschen so behandelt, als ob sie

Nutztiere wären. Wenn sie dann alt sind und nicht mehr jung und kräftig, wirft man sie weg.

Pinar Atalay: Warum macht uns das Altwerden so sehr Angst? Warum sehen wir es nicht positiv?

Vladimir Spidla: Das ist auch eine Frage des Diskurses. In den Medien spricht man oft von den »Gefahren der Überalterung«. Oft hetzen die Medien die Generationen gegeneinander auf und sprechen vom »Kampf der Generationen«. Dann wird z.B. behauptet, dass die berufstätigen Jungen die Alten finanzieren müssten, und es bleibt unerwähnt, dass die Jungen früher von den berufstätigen Älteren finanziert wurden. In der Tschechischen Republik jedenfalls war dieses Verhältnis der Generationen annähernd ausgeglichen.

Henning Scherf: In der Bundesrepublik ist das Verhältnis vermutlich ähnlich. Die Geldtransfers gehen nicht in eine Richtung, sondern hin und her. Und auch die Älteren sind produktiv und nehmen an der Gesellschaft teil. Sie einfach nur zu Empfängern zu degradieren, ist falsch. Den Jüngeren muss vermittelt werden, dass das Älterwerden auch ihre eigene Zukunft ist. Wir Alten wollen doch nicht, dass unsere Enkelkinder auf eine Pleite zusteuern. Sie sollen aufwachsen und leistungsfähig werden, und wir wollen mit ihnen teilen. Die Jüngeren wachsen doch in die Situation hinein, die wir Alten jetzt erleben. Es ist falsch, immer wieder so etwas wie einen Generationskonflikt zu beschwören. *Frank Schirrmacher*, der Herausgeber der FAZ, hat in einem Buch prophezeit, dass es einen »Krieg der Generationen« geben werde. Das ist völlig irreführend. Ich habe Schirrmacher kritisiert und ihm erklärt, er desorientiere seine Leser. Denn er macht Angst, anstatt Mut zu machen, sich auf neue Konzepte des Miteinanders zu konzentrieren.

Pinar Atalay: Herr Mokhiber, ist das Problem eines »Krieges der Generationen« nicht doch längst eingetreten? Mir scheint, es gibt diese Auseinandersetzung, auch wenn das niemand wahrhaben will.

Craig Mokhiber: Ich muss Dr. Scherf hier zustimmen. Wir reden ja über neue menschenrechtliche Herausforderungen nicht, weil hier eine gesellschaftliche Klasse darauf aus wäre, Wohltätigkeit und Mitleid zu erlangen. Es geht vielmehr um immer größer werdende Teile der Gesellschaft, die nach Gerechtigkeit und Würde streben.

Wir erinnern uns noch an Diskussionen früherer Zeiten, als z.B. die volle Gleichberechtigung der Frauen als Belastung für die Gesellschaft dargestellt wurde und behauptet wurde, Frauen würden vielen Männern den Job kosten, usw. Das ist längst sogar wissenschaftlich als Unsinn widerlegt. Keine Gesellschaft kann sich weiterentwickeln und prosperieren, solange eine ihrer Hauptgruppen daran gehindert wird, zu dieser Entwicklung beizutragen und an ihr als vollberechtigte Bürger teilzunehmen. Und dies ist die Situation, der sich ältere Menschen mehr und mehr stellen müssen.

Es gibt keinen vernünftigen Grund dafür, eine künstliche Trennlinie zwischen Jung und Alt zu ziehen. Denn man kann nicht so einfach eine Unterscheidung treffen zwischen einer Gruppe, die produktiv ist, und einer anderen, die bloß konsumiert. Das ist einfach nicht möglich.

Das Problem ist, dass unsere Institutionen mit der Entwicklung nicht Schritt gehalten haben. Ich bin mit der Feststellung einverstanden, dass es hier nicht um eine Revolution geht, sondern darum, die notwendigen Veränderungen auf anderen Wegen zu erreichen. Das ist doch gerade auch die Botschaft der Friedensstadt Osnabrück: Der Westfälische Friede hat bewiesen, dass Staaten miteinander reden können, dass sie über humanitäre Fragen verhandeln und sich auf verbindliche, rechtsförmige Lösungen verständigen können. Das ist genau die Grundlage unserer menschenrechtlichen Debatte. Schon die Präambel der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* fordert, »die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechtes zu schützen, damit der Mensch nicht gezwungen wird, als letztes Mittel zum Aufstand gegen Tyrannei und Unterdrückung zu greifen«.

Wie schon gesagt, gibt es einen inneren Zusammenhang zwischen der Weiterentwicklung der Menschenrechte einerseits und dem inneren Frieden einer Gesellschaft andererseits. Das heißt, wir müssen sicherstellen, dass die Wahrnehmung der Würde und die Wertschätzung jedes Einzelnen zu Grundregeln jeglichen Regierungshandelns werden. Es hat keinen Sinn, einzelne Menschengruppen gegen andere auszuspielen. Das 21. Jahrhundert verlangt, dass Gesellschaften lernen müssen, ihre Unterschiede nicht als Bedrohung, sondern als Merkmal ihrer Stärke aufzufassen. Dazu gehören auch die verschiedenen Altersstrukturen. Ich sehe dies als eine Möglichkeit für die Gesellschaften an.

Pinar Atalay: Wie kann es gelingen, eine Gesellschaft so zu verändern, dass Jung und Alt zusammenleben und nicht gegeneinander kämpfen? Früher wohnten häufiger mehrere Generationen in einem Haus, und die Familien waren anders zusammengesetzt, sodass auch die Großeltern dazu gehörten. Müssen wir dahin zurück?

Vladimir Spidla: Die Gesellschaft hat sich geändert. Die Produktivität ist in einem Jahrhundert um das Vierzigfache angestiegen. Die Zahl der Rentner und Pensionäre ist demgegenüber viel geringer angestiegen. Die Lösung dieses gesellschaftlichen Problems wird nicht allein technischer Art sein. Technisch lösbar wäre z.B. die Frage, wie man die zunehmend notwendige Langzeitpflege organisieren kann, aber dies ist hier nicht unser Hauptproblem. Auch ich kenne kein Patentrezept für eine sich verändernde Gesellschaft. Aber in einem bin ich mir sicher: Man muss die humanistischen Werte immer verteidigen und weiterentwickeln; auf alle Gefahren und Probleme muss unsere Antwort immer humanistisch sein. Viele sagen, durch die Überalterung der Gesellschaft haben wir Probleme mit den steigenden Ausgaben im Gesundheitswesen. Sollen wir aber die medizinische Versorgung für alte Leute einschränken, um die Probleme im Gesundheitswesen zu lösen? Das wäre eine technokratische und unmenschliche Antwort. Solche Lösungsvorschläge sollten wir nicht einmal ansatzweise zulassen. Das ist das Wichtigste.

Pinar Atalay: Dennoch eine technische Frage: Wie sollte eine vernünftige Rente ausgestattet sein?

Henning Scherf: In der Bundesrepublik wird hierüber anders diskutiert als in der übrigen Welt. Wir diskutieren bei uns über ein System der Altersversorgung, das vergleichsweise auf einem sehr hohem Niveau, mit an der Spitze der Weltpyramide, anzusiedeln ist. Mir ist wichtiger, dass wir – neben der Menschenrechts- und der Friedenspolitik – eine *weltweite Sozialpolitik* beginnen. Wir sollten aufhören immer zu betonen, dass wir »in die Entwicklungsländer« investieren, wo wir z.B. an der Infrastruktur mitbauen und Betonmassen hinklotzen. Nein – wir müssen vielmehr in die Menschen investieren! Wir müssen weltweit eine Politik entwickeln, die für unser aller Leben eine Fundierung darstellt. Diese Politik müsste ein verlässliches Netz knüpfen, das uns allen Sicherheit bringt. Leider ist das in vielen Ländern bisher kaum möglich.

Pinar Atalay: Aber wie sieht es mit der Rente in Deutschland aus? Wie viel braucht ein Mensch, um zu leben? Wie hoch sollte die Rente in Deutschland sein?

Henning Scherf: Es muss eine Regelung geben, mit der wir das Existenzminimum und das Mindesteinkommen immer wieder neu den Realitäten anpassen können. Prozentuale Erhöhungen führen nicht zum Ziel. Wir sollten es endlich schaffen – und das trägt uns unser Grundgesetz, Art. 1,

auf –, den armen, alten Leuten eine Existenzsicherung zu garantieren. Es geht nicht an, dass Menschen ein Leben lang schufteten und im Ruhestand mit 650 Euro ihre Lebenshaltung organisieren müssen. Das ist aber gegenwärtig oft der Fall. Ich bin für die Auszahlung eines Sockelbetrags, der es den Berechtigten ermöglicht, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Dazu müssen wir uns durchringen und diese Forderung auch an die Politiker richten, die z.B. demnächst bei Wahlen für den Bundestag kandidieren.

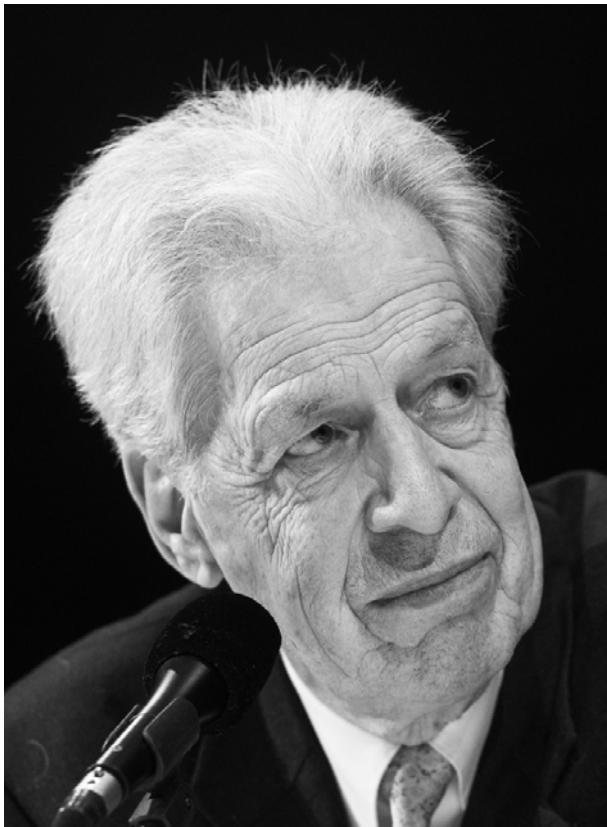
Vladimir Spidla: Es gibt eine Definition für relative Armut, die sogenannte materielle Deprivation. Davon ist betroffen, wer weniger als 60% des durchschnittlichen Einkommens in einem Land erzielt. Es ist nicht schwer, den Betroffenen zu helfen, aber das ist eine Frage politischer Entscheidungen. Fast alle europäischen Länder können sich dafür entscheiden und haben dafür genug Geld und Produktivität. Diese Länder sind reich, solche Entscheidungen sind für die reichen Länder in Europa möglich.

Pinar Atalay: Herr Mokhiber, warum wollen viele Staaten für ältere Menschen nicht mehr ausgeben? Warum wird dies immer wieder mit dem Kostenargument zurückgewiesen?

Craig Mokhiber: Das letzte, was ich hier tun möchte, ist, für irgendeine Regierung zu sprechen. Aber ich glaube, dass die Feststellungen, die hier in Bezug auf Deutschland und Europa gemacht wurden, auch weltweit zutreffend sind. Es geht hier sicher nicht um Fragen der Kostenrechnung und wohl nicht um eine grundsätzliche Knappheit der Ressourcen. Zur Debatte stehen vielmehr die politischen Prioritäten, über die von Regierung zu Regierung, von Staat zu Staat, und schließlich auf internationaler Ebene entschieden werden muss. Hierfür gibt es längst internationale Standards, etwa dass jedem Menschen ein angemessener Lebensstandard zusteht, und das schließt ein annehmbares Niveau der Gesundheitsversorgung, der Wohnverhältnisse und des Bildungswesens ebenso ein wie auch ein Rentenniveau, das es erlaubt, ein Leben in Würde zu führen.

Weltweit werden Lösungen für die Frage gesucht, wie man auch in Ländern mit nur geringen Ressourcen ein funktionierendes Rentensystem, auch ohne Beitragszahlungen, einrichten kann. Wir sollten nicht die irri- ge Vorstellung hegen, dies sei vorrangig eine Frage der finanziellen Ressourcen. Denn, wie schon gesagt, die Unterscheidung zwischen produktiven und konsumierenden Teilen der Gesellschaft geht an der Realität älterer Menschen, die zunehmend und über lange Zeiträume produktiv sind, vorbei und lenkt nur ab. Die Frage, wie man Wärme und Strom sparen kann, sollte nicht an erster Stelle stehen.

Unser Fokus sollte vielmehr darauf liegen, zu untersuchen, ob die Finanz- und Steuerpolitik eines Landes dazu geeignet ist, die Geltung und Wahrnehmung der Menschenrechte im eigenen Land sicherzustellen. Die wichtigste Frage ist also, ob und welche Ressourcen vorhanden sind. Sicherlich ist die gegenwärtige Finanzkrise ernst zu nehmen. Aber wir wissen auch, dass die Unternehmensvergütungen für Topmanager auf einem historischen Höchststand sind. Und wir wissen, dass die Militärbudgets nirgends knapp sind. Wir wissen auch, dass die Banken innerhalb nur eines Jahres mit Zahlungen in Höhe von 18 Milliarden US-Dollar gerettet wurden. Sämtliche Zahlungen der internationalen Entwicklungshilfe seit dem Zweiten Weltkrieg betragen dagegen nur 2 Milliarden US-Dollar, die über 55 Jahre ausgegeben wurden. Innerhalb nur eines Jahres,



Henning Scherf

zu Beginn der Finanzkrise, haben die Regierungen also 18 Milliarden US-Dollar mobilisiert, um Banken und Finanzinstitutionen zu retten. Ich will gar nicht darüber richten, ob das richtig war oder nicht, sondern nur feststellen, dass das Argument, es seien nicht ausreichend Ressourcen vorhanden, nicht überzeugt. Die Frage ist: Was sind die Prioritäten der Gesellschaft? Und an diesem Punkt kommt die Politik wieder ins Spiel.

3Pinar Atalay: Wie lässt sich erreichen, dass das Altwerden als etwas Wertvolles angesehen wird und nicht nur als Problem wahrgenommen? Wie bekommt man dieses schlechte Image des Alters weg?

Henning Scherf: Es bewegt sich durchaus etwas, z.B. am Arbeitsmarkt. Jetzt drängen nur noch die zahlenmäßig weniger starken Geburtsjahrgänge auf den Arbeitsmarkt. Die Unternehmen haben bereits große Probleme, qualifizierte Leute zu finden. *Airbus* in Bremen z.B. sucht seit drei Jahren 600 Ingenieure – vergeblich, trotz der dort gezahlten Spitzenlöhne. Aus Sicht der Wirtschaft wird zunehmend geklagt, dass Arbeitnehmer zu früh in den Ruhestand gingen. Da frage ich: Wäre es nicht klüger, in die bereits qualifizierten Menschen, die über wertvolle Erfahrungen verfügen, weiter zu investieren, beispielsweise in Weiterqualifizierung? Dazu gehört auch die Entwicklung altersgemäßer Arbeit. Die Entwicklung ist vergleichbar mit dem Anwachsen der Quote beschäftigter Frauen. Sie wächst, weil wir auf die qualifizierten Frauen angewiesen sind. Niemand kann mehr übersehen, dass ohne kluge, tüchtige und kompetente Frauen die Arbeit nicht zu schaffen ist. Und genau so muss das mit den älteren Leuten sein.

Pinar Atalay: Sollte es gesetzlich vorgegebene Quoten für die Beschäftigung Älterer geben?

Henning Scherf: Das muss nicht unbedingt sein. Aber die Tarifpartner und die einzelnen Betriebe müssen in jene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die überhaupt erreichbar sind, investieren. Betriebliche und überbetriebliche Qualifikationsmaßnahmen sollten nicht nur bis zum Alter von fünfzig Jahren angeboten werden. Das Argument, die betreffenden Leute würden ohnehin nicht mehr lange arbeiten, ist falsch. Ich bin dafür, dass die Leute bis zum Erreichen der Pensionsgrenze weiterqualifiziert werden, damit die Firmen ihre Produkte und Dienstleistungen mit dem Vorzug hoher Qualität international anbieten können. Denn bei uns ist vor allem die Qualität entscheidend, da wir über niedrige Preise kaum konkurrieren können. Dafür sind qualifizierte Mitarbeiter erforderlich, zu denen immer stärker auch Ältere gehören. Diesen Mitarbeitern Qualifizierungschancen zu eröffnen, ist für viele Firmen existenziell wichtig. Unternehmer verlieren ihre Zukunftsperspektive, wenn sie diese Frage nicht ernst nehmen. Nur wenn es gelingt, auch dort Inklusion statt Exklusion stattfinden zu lassen; wenn ernst gemacht wird mit der Forderung: Wir bleiben beieinander, egal wie alt wir sind, weil wir uns in unserer Kompetenz ergänzen – dann kann es gelingen, in einer sich demografisch wandelnden Gesellschaft die daraus erwachsenden Nachteile zu kompensieren und zivilgesellschaftliche Fortschritte zu machen.

Pinar Atalay: Einer aktuellen Studie zufolge beschreibt sich die Mehrzahl der Rentner als sehr glücklich und finanziell gut situiert. Gibt es auch aus

der Sicht der Rentner Änderungsbedarf? Sollten die Rentner nun selbstbewusst zu ihren ehemaligen Arbeitgebern gehen und sagen, dass sie gerne weiterarbeiten oder wiedereinsteigen möchten, eben weil sie es noch können?

Vladimir Spidla: Wir sehen Leute im Rentenalter als passiv an. Das sind sie natürlich nicht. Sie kümmern sich um die Kinder und machen sehr viele andere Dinge. Diese »informelle Arbeit« ist ungefähr gleich hoch zu bewerten wie die offizielle Arbeit am nationalen Bruttosozialprodukt. Wir brauchen diese Arbeit und müssen also den Begriff der Arbeit erweitern.

Hier ist bisher nur von Europa und von Deutschland die Rede gewesen, nur sehr wenig von der übrigen Welt. Doch gibt es insbesondere in den unterentwickelten Ländern Schwierigkeiten, da die demografische Entwicklung dort rascher vorangeht als in Europa. Dort existieren keine Sozialsysteme, die diese Entwicklungen bewältigen können. Mit unserer Entwicklungshilfe müssen wir daher verstärkt die Entwicklung von Sozialsystemen fördern. Als EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration stand ich vor der größten Aufgabe meines Lebens: China bat uns, für das Land ein Pensionssystem zu entwickeln. Die Chinesen haben mit unserer Hilfe schließlich ein universales System, eine Globalrente, vorbereitet und realisiert. Das Beispiel zeigt, dass es nicht notwendig ist, über einen großen gesellschaftlichen Reichtum zu verfügen, um ein Rentensystem einzuführen. Zu Zeiten Bismarcks war Deutschland auf dem wirtschaftlichen Niveau von Ghana heute. Und trotzdem war es möglich, ein universales System einzuführen.

Pinar Atalay: Herr Mokhiber, können die anderen Länder von den westlichen Industrienationen tatsächlich lernen?

Craig Mokhiber: Alle Länder können voneinander lernen. Einen negativen Aspekt der Globalisierung sehen wir aber in Bezug auf traditionelle Gesellschaften im Süden. Dort waren ältere Mitglieder der Gesellschaft bisher nicht nur hoch angesehen, sondern genossen auch großen Respekt und Liebe für das, was sie geleistet haben, und zwar in ihrer besonderen Rolle in der Gesellschaft, die sie auch weiterhin behielten. Viele solcher traditionellen Normen wurden vom Globalisierungsprozess zerstört, der lediglich die destruktive Idee vermittelte, dass der Wert eines Menschen sich nach seinem wirtschaftlichen Erfolg bemisst. Das aber steht im Gegensatz zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die Gleichheit und Gleichwertigkeit aller Menschen verkündet.

Sicherlich kann man aber auch Positives voneinander lernen. Ein Grund dafür, warum die Idee einer internationalen Konvention für die Rechte der Älteren so viel Unterstützung findet, liegt darin, dass damit eine Grundlage geschaffen wird, auf der reiche und arme Staaten, Staaten aus dem Norden und dem Süden, sich treffen und über Herausforderungen, Lösungswege und die besten Methoden diskutieren können, die da oder dort entwickelt wurden. Wenn es ein solches internationales Forum gäbe, auf dem man sich konstruktiv mit der Entwicklung von Lösungen der Probleme im eigenen Land beschäftigen könnte, dann wäre es möglich, die hier angesprochenen Fragen gemeinsam zu diskutieren. Bisher ist das nicht möglich.

Bezugnehmend auf die bereits angesprochenen Werte und Attitüden wäre es doch entscheidend für die weltweite demografische Problematik, die gesellschaftlichen negativen Einstellungen gegenüber dem Altern, das ja ein lebenslanges Älterwerden ist, zu verändern und wirklich ein realistisches Bild des Älterwerdens zu gewinnen. Wir müssen die Leute dazu bringen, den Glauben zu hinterfragen, dass man mit 65 Jahren dazu verdammt ist, in den Ruhestand zu treten. Man muss dazu auffordern, das System der Gesundheitsversorgung in jedem Fall als Verbesserung des menschlichen Lebens zu schätzen, egal wie alt jemand ist, der Hilfe benötigt. Man muss gegen alte, fest verwurzelte und unnütze Vorurteile und Einstellungen angehen und stattdessen den Sinn für eine Solidarität zwischen allen Generationen pflegen. Noch einmal: es geht dabei nicht um Wohltätigkeit oder einfach nur Freundlichkeit. Es geht darum, alle Glieder der Gesellschaft gleichermaßen wertzuschätzen. Das wäre schon ein Riesenschritt voran auf unserem Weg.

Es wurde schon gefragt, ob ein älterer Mensch, der in den Ruhestand geschickt wird, sich an den Arbeitgeber wenden und tatsächlich betteln sollte, weiterarbeiten zu dürfen. Ich glaube, das wäre der falsche Rat. Wir müssen stattdessen rechtliche und politische Lösungswege suchen, um gegen eine altersdiskriminierende Verdrängung aus dem Berufsleben anzugehen. Es sollte nicht dieses Machtungleichgewicht geben, das die Menschen dazu zwingt, bei machtvollen Institutionen um ihr Recht zu betteln. Dafür sollten einfach rechtliche Mittel zur Verfügung stehen. Das ist überhaupt die Grundidee hinter allen menschenrechtlichen Ansätzen im Hinblick auf das weltweite Altern. Man braucht eben beides: einerseits ein juristisches Regelwerk, das den Leuten – egal, zu welchem Teil der Gesellschaft sie gehören – jene Rechte garantiert, die für ein Leben in Würde nötig sind. Andererseits braucht es die ständige Anstrengung, die Einstellungen und Wertungen durch Erziehung, durch Information der Öffentlichkeit und durch das Beispiel der eigenen Arbeit zu verändern.

Ich denke dabei oft an *Martin Luther King, Jr.*, der viele Jahre seines Lebens dem Kampf für die Menschenrechte der Afroamerikaner gewidmet hat. Auf Nachfrage, warum er sich in seinem Kampf so sehr auf Rechtsfragen konzentrierte, statt um die Unterstützung seiner Mitbürger zu werben, antwortete er: Ich weiß, dass das Gesetz niemanden dazu bringen kann, mich zu lieben. Aber es kann jemanden davon abhalten, mich zu lynchen, und das ist doch schon mal ganz gut.

Das hieß für ihn nicht, dass er bereit war, an diesem Punkt zu stoppen, aber ich denke, dass ein rechtliches Regelwerk das Ungleichgewicht der Macht verändert und darum einfach ein wichtiger Teil des Vorankommens ist.



Craig Mokhiber

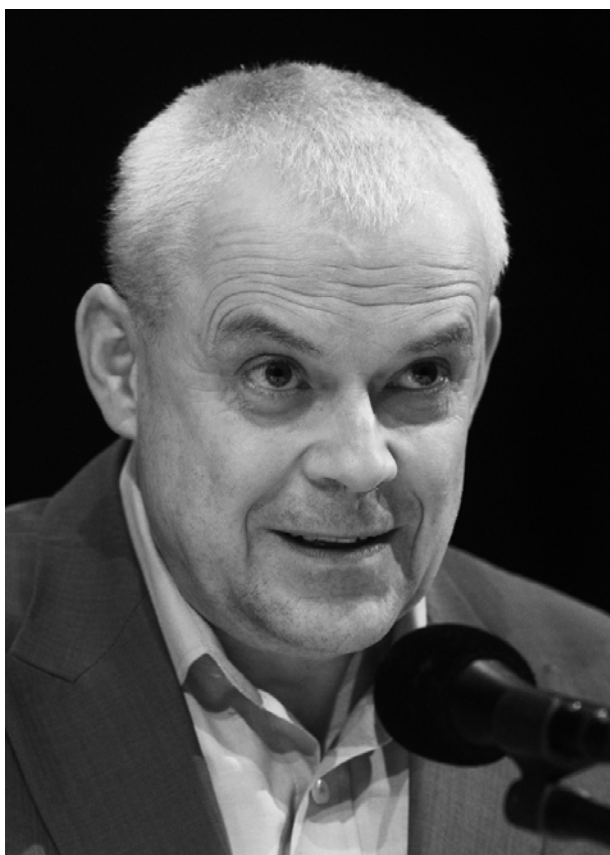
Henning Scherf:

Das Bemühen um rechtliche Regelungen hat eine wachsende Chance. Präsident *Obama* hat in den USA eine Gesundheitsreform gegen härtesten Widerstand durchgesetzt. Das Gelingen stand auf Messers Schneide. Die jüngste Wahl hat gezeigt, dass es eine strategische Mehrheit für eine solche Politik gibt; das macht Mut. Man soll nicht aufgeben und alles Bemühen als bloßes Gerede abtun. Obama hat gezeigt, dass es möglich war, Menschen mitzunehmen, die teils seit Jahrzehnten resigniert hatten und nicht mehr glaubten, dass jemals politische Mehrheiten in der von weißen Männern dominierten US-amerikanischen Gesellschaft verändert werden könnten. Ich bin optimistisch und sage auch den UN-Diplomaten, dass es wie-

der möglich ist, mit den Amerikanern eine zukunftsfähige Politik zu machen.

Pinar Atalay: Gesetze können verändert und müssen dann umgesetzt werden. Wie schwer oder leicht sind solche Prozesse zu bewerkstelligen? Schaut man auf Europa, gewinnt man den Eindruck, man könne sich hier auf gar nichts einigen. In Deutschland sieht es auch nicht viel besser aus. Wie lange müssen wir noch warten?

Vladimir Spidla: Das ist immer ein komplizierter Prozess. Man muss um die Werte kämpfen. Ich habe mich z.B. dafür eingesetzt, in der Tschechischen Republik ein Gesetz zur Gleichstellung Homosexueller zu verabschieden. Als aktiver Politiker habe ich das Gesetz acht Mal vorgelegt. Erst beim neunten Mal war ich erfolgreich. Man muss die Substanz herausarbeiten und dann eine entsprechende Gesetzesvorlage oder Konvention



Vladimir Spidla

vorbereiten. In der Politik sind wir bei der Vorbereitung von Reformen nie sicher, was die beste Lösung ist. Wir müssen in der Diskussion herausfinden, welche Lösungen nicht funktionieren können und welche inakzeptabel sind. Und dann müssen wir ein Konzept finden, das von der größtmöglichen Mehrheit getragen werden kann. Das ist sicher nicht die ultimative Wahrheit, sondern eine durchdiskutierte Konvention, die auch Probleme aufwerfen kann. Für komplexe Fragen

können wir niemals eine rasche Lösung finden. Und der Kampf um die richtigen Positionen kann lange dauern. Doch durch Konsequenz und Engagement kommt am Ende der Erfolg.

Pinar Atalay: Herr Scherf, Sie sind 74 Jahre alt und werden von vielen als ein Vorbild angesehen. Wie versuchen Sie den Menschen zu sagen, dass sie selber etwas tun sollen? HelpAge tut auch etwas und sagt den Menschen, dass sie nicht passiv sein sollen.

Henning Scherf: Das ist ein Prozess, der Geduld erfordert, aber im Gange ist. Ermutigend ist, dass inzwischen 50% der Sechzig- bis Siebzيجährigen in der Bundesrepublik eine ehrenamtliche Arbeit übernommen haben. Sogar für die Gruppe der Siebzيج- bis Fünfundsiebzيجährigen ist dieser Trend erkennbar. Diese Menschen können Vorbilder sein, sie sollten sich nicht verstecken, sondern sichtbar werden – auch in einer Stadt wie Osnabrück. Ich war befreundet mit der Osnabrücker Ehrenbürgerin *Elisabeth Siegel*. Mich hat tief bewegt, wie diese Frau bis zu ihrem 100. Geburtstag alles begleitet und bedacht hat. Solche Beispiele muss man erleben und vielleicht das eine oder andere ihnen gleichtun. Das kann in Sportvereinen, in der Nachbarschaft, in Kirchengemeinden oder bei HelpAge geschehen. Das kann überall dort geschehen, wo Menschen aus ihrer Isolation und ihrer Einsamkeit herauswollen. Man muss schauen, wo man sich zuwenden möchte und wo Teilhabe verwirklicht werden kann. Diese auf breiter Front zu fördern, ist eine große Aufgabe.

Die Kommunalpolitik in unseren Städten und Gemeinden ist oftmals aufgrund mangelnder Finanzierungsmöglichkeiten handlungsunfähig. Kommunalpolitiker sollten also die Chance ergreifen und für ehrenamtlich Arbeitende türöffnend und unterstützend wirken. Darauf müssen wir setzen, wenn wir unsere Zukunft nicht verspielen wollen oder resigniert sagen, dass sowieso alles gegen uns läuft.

Publikum: Wie könnte eine Konvention für ältere Menschen aussehen? Welche Grundprinzipien könnte sie haben? Wir wissen, dass solche Konventionen, wenn sie von vielen Staaten ratifiziert werden, durchaus erfolgreich sein können.

Henning Scherf: Auf der UN-Ebene wird die Möglichkeit einer solchen Konvention erörtert. Es gibt dazu ausgezeichnete Vorarbeiten. Mehr als 250 Nichtregierungsorganisationen haben auf verschiedenen Großveranstaltungen dafür Pläne entwickelt, die man aufgreifen und vermitteln kann. Ich halte es für chancenreich, wenn das auf der UN-Ebene gemacht würde.

Auf der europäischen Ebene sieht es so aus, dass hier vor allem die Finanzprobleme gelöst werden müssen. Die Europäer müssen und werden dabei zusammenrücken, dazu gibt es keine Alternative. Das wird eine positive Erfahrung sein, wenn es gelingt, Europa zu verteidigen. Und dann kommt die nächste Frage: Wie gelangen wir von einer Wirtschafts- und Finanzunion zu einer Sozialunion? Das wird Zeit brauchen, und wir brauchen eine lange Perspektive. Für eine UN-Konvention sehe ich eine Chance, und für Europa sehe ich eine Chance für den Beginn einer Sozialunion in den nächsten 10 bis 15 Jahren. Ein Bestandteil davon könnte so etwas wie eine Konvention für alte Menschen werden.

Vladimir Spidla: Ich wäre dafür. Als ich EU-Kommissar war, habe ich die Erweiterung der Antidiskriminierungsrichtlinie vorbereitet. Diese Richtlinie ist eigentlich auf den Arbeitsmarkt ausgerichtet und soll dort auch die Diskriminierung aufgrund des Alters verhindern. Aber es gibt eben auch Altersdiskriminierung außerhalb des Arbeitsmarktes. Diese Diskussion war sehr schwierig, da sich vor allem der Finanzsektor gegen Änderungen stellte. Es ist eine schwierige Diskussion, die durch die aktuelle Krise in den Hintergrund getreten ist. Aber sie wird wieder aufkommen.

Craig Mokhiber: Ich bin sehr sicher, dass eine internationale Konvention zu den Menschenrechten älterer Menschen kommen wird. Ermutigend sind da auch die Entwicklungen der letzten 60 Jahre, in denen nach der Wahrnehmung von Defiziten bei den Menschenrechten immer zunächst auf nationaler Ebene und dann auf internationaler gehandelt wurde, um sicherzustellen, dass es rechtliche Mittel gibt, die Lücken zu schließen.

Wie könnte das aussehen? Dazu gibt es klare Vorstellungen, denn wir wissen, wo die Probleme liegen: Es geht um Diskriminierung aufgrund von Alter, es geht um die nicht vorhandenen Standards für die Pflege alter Menschen, zu Haus oder in entsprechenden Einrichtungen. Es geht um die Autonomie älterer Menschen, sowohl in finanzieller wie auch in rechtlicher Hinsicht, die gerade hier immer wieder Diskriminierung erleben müssen. Es gibt eine ganze Reihe von Themen, mit denen sich spezielle menschenrechtliche Fragen für den betroffenen Personenkreis verbinden, nur weil sie ihrem Status nach als ›alter Mensch‹ gelten. Ich bin also zuversichtlich. Ehrlicherweise muss ich aber auch sagen, dass wir an einem schwierigen Punkt stehen. Es gibt zwar weltweit eine zivilgesellschaftliche Bereitschaft, die Rechte älterer Menschen zu stärken, wozu auch der Abschluss einer internationalen Konvention gehören würde. Und diese globale Bewegung hat – dank vieler Unterstützer, darunter auch HelpAge – in den letzten Monaten an Tempo gewonnen, sodass nun einige Regierungen erstmals diese Stimmen in bisher nicht gekannter Weise wahrnom-

men haben. Das hat sich auch gerade in der vergangenen Woche in der UN-Generalversammlung gezeigt, wo eine Resolution verabschiedet wurde, mit der die Einrichtung einer Arbeitsgruppe beschlossen wurde, die den Vorschlag einer neuen Menschenrechtskonvention für die Rechte älterer Menschen voranbringen soll.

Neben solchen positiven Zeichen gibt es aber auch starke Widerstände, wobei nicht nur finanzielle Argumente ins Feld geführt werden. Einwände kommen von einer ganzen Reihe von Regierungen, darunter auch europäische Regierungen. Ich bin aber davon überzeugt, dass das Tempo und die Kraft dieser Initiative zur Begründung eines neuen internationalen Rechtsinstruments, mit dem die Rechte älterer Menschen geschützt werden, von der Unterstützung durch Aktionen der Zivilgesellschaften abhängen werden. Es sollte niemanden überraschen, dass nationale Regierungen keine uneigennütigen Einrichtungen sind, die sich den ganzen Tag lang um die Förderung der Menschenrechte kümmern. Regierungen reagieren auf politischen Druck, sie reagieren auf Interessen, die sich in bestimmten politischen Bahnen weltweit geltend machen. So wird letztlich das Ausmaß, mit dem auf überstaatlicher Ebene dafür mobilisiert wird, die Lücken im Schutz der Rechte älterer Menschen zu schließen, darüber entscheiden, wie schnell und wie gut ein Fortschritt erreicht werden kann. Die Chancen stehen jetzt ungefähr 50:50. Ein Rückschlag ist möglich, wenn es nicht gelingt, die Zivilgesellschaften für dieses Problem zu aktivieren, und diese Gefahr scheint mir besonders in Europa zu bestehen. Aber dann denke ich an frühere Erfahrungen, etwa mit der Durchsetzung einer Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, einer Konvention gegen die Diskriminierung von Frauen oder der Konvention für Kinderrechte, die inzwischen von allen Staaten der Welt ratifiziert wurde, mit Ausnahme Somalias, wo keine funktionsfähige Regierung existiert, von Südsudan, das gerade erst als Staat konstituiert wurde, und nicht zuletzt von den USA, die noch Bedenkzeit brauchen.

Solche Konventionen werden zu einem fast weltweit geltenden, universellen Rechtsinstrument, das aus sozialen Bewegungen der Zivilgesellschaften erwachsen ist, die ihre nationalen Regierungen dazu bewogen haben, ihr Anliegen zu unterstützen. Ich bin also hoffnungsvoll, auch wenn sich nicht gleich morgen etwas ändern wird. Aber, wie gesagt, Tempo und Kraft der Initiative für die Rechte der Älteren hängen davon ab, wie sehr ältere Menschen selbst, aber auch die sie vertretenden Institutionen und zivilgesellschaftlichen Kräfte, die sich der Menschenrechtsarbeit und der Entwicklungszusammenarbeit widmen, sich dafür einsetzen, das Thema nach vorn zu bringen.

Publikum: Häufig wird berichtet, dass ehrenamtlich Arbeitende pro Jahr bis zu sechs Milliarden Euro einbringen bzw. dafür arbeiten. Das klingt erfreulich, aber es ärgert mich gleichzeitig, weil diese Menschen als Humankapital schon wieder als ökonomischer Gewinn angesehen werden. Wie kann man verhindern, dass dieses Humankapital allein ökonomisch be- und ausgerechnet wird?

Henning Scherf: Ehrenamtliche Arbeit allein unter diesem Aspekt zu sehen, ist sicher zu grob, aber es verweist doch auf einen zusätzlichen Vorteil. Ohne ehrenamtliche Arbeit wäre die Not in vielen Bereichen groß. Ich empfinde das nicht als eine billige Vermarktung, sondern als zusätzliches Argument, um diesen Sektor weiter zu entfalten. Ich würde mir von keinem Ökonomen, der den Geldwert ehrenamtlicher Arbeit berechnet, wegnehmen lassen, dass diese Arbeit mich stärkt und mobilisiert. Wenn ich etwas voranbringen will und es mir selber guttut, dass ich da mitmache, ist mir das Grund genug. Die vielen klugen Leute, die meinen, das Beste ist, sich aus allem herauszuhalten und auf das Fernsehen zu warten, tun sich doch selber einen Tord an. Denen geht es objektiv schlechter als denjenigen, die sich eine Aufgabe suchen. Es bringt Struktur in den Tag, wenn man herausgefordert und gebraucht wird, wenn man Anerkennung findet und eigene Teilhabe möglich wird. Das ist besser, als pharmazeutische Produkte durchzuprobieren oder in die Kneipe zu gehen. Mit Menschen zusammen etwas Sinnstiftendes zu veranstalten, ist etwas, was mir das Leben kostbar macht.

Publikum: Herr Mokhiber hat mit Recht auch darauf hingewiesen, dass viele Regierungen rechtliche Normen missachten. Nicht umzusetzen, was eigentlich Recht ist, sondern die Diskriminierten lange Klagewege gehen zu lassen, ist häufig geübte Praxis. Das betrifft auch Altersdiskriminierung.

Meine Frage ist, wie ein neues Instrumentarium gegen Altersdiskriminierung funktionieren soll? Es kann ein Glück sein, wenn man alt ist und noch fit genug, um zu arbeiten. Aber viele alte Menschen, auch in den OECD-Staaten, bekommen so wenig Rente, dass sie gezwungen sind, arbeiten zu gehen. Ihnen bleibt oft nur »verschämte Arbeit«: Es gibt Frauen, die nach ihrem Putzjob nachts um vier Uhr schnell das Feld räumen müssen, weil die Arbeiter und Angestellten kommen. Sie machen Jobs, die unter ihrer Qualifikation sind. Es gibt einige, die sich damit arrangieren können. Wie soll Arbeitsschutz und Schutz vor Ausbeutung global in allen Staaten gesichert werden?

Craig Mokhiber: Die alte Weisheit: »Vertagte Gerechtigkeit ist versagte Gerechtigkeit« trifft leider völlig zu und gewinnt bei diesem Thema immer mehr an Relevanz. Dabei gilt doch das Rechtsmittel der Abhilfe oder Entschädigung und Wiedergutmachung als ein grundlegendes menschenrechtliches Prinzip. Jede neue Institution und jedes neue Hilfsprogramm müsste auch Mechanismen für Entschädigung und Wiedergutmachung bieten, mit deren Hilfe Betroffene sinnvolle Handhabe gegen die Verletzung ihrer Rechte, gegen die sie sich wehren, bekommen. Und dieses Rechtsmittel muss in einem vernünftigen Zeitrahmen wirksam werden. Es gibt allerdings noch keinen offiziellen Entwurf für eine Konvention der Rechte älterer Menschen. Man ist auf internationaler Ebene gerade erst dabei, zu diskutieren, was sie enthalten sollte.

Die angestrebte Konvention wird sicherlich in einem ihrer Teile auch Fragen der Beschäftigung und der Arbeitswelt gewidmet sein wird. Das ist bei den Gesprächen in der Arbeitsgruppe der UN-Generalversammlung immer wieder zur Sprache gekommen und hat auch Eingang in Studien des UN-Menschenrechtskommissariats gefunden. Ebenso liegt hierauf auch ein Hauptaugenmerk der zivilgesellschaftlichen Fürsprecher der Rechte älterer Menschen.

Wenn jemand gezwungen wird, seinen Job aufzugeben, nur weil ein bestimmter Fixpunkt im Kalender erreicht ist, so ist dies rechtlich nur als eine Diskriminierung zu werten, das kann man gar nicht anders nennen. Einerseits dürfen Menschen natürlich nicht zur Arbeit gezwungen werden, aber andererseits dürfen sie auch nicht gezwungen werden, bei Erreichen einer bestimmten Altersgrenze in den Ruhestand zu gehen. Man muss alle Menschen als gleichberechtigte anerkennen und ihnen die Wahl lassen. Urteile darüber, ob jemand fähig ist, einen bestimmten Job auszuüben, lassen sich anhand vieler vernünftiger Kriterien begründen. Das Erreichen eines bestimmten Lebensalters oder Grenzwertes ist kein solches Kriterium. Das möchte man natürlich auch gern in einer rechtlichen Vereinbarung wiederfinden.

Ein zweiter Aspekt der Frage der Beschäftigung ist die Gefahr einer Herabstufung älterer Menschen in eine Art Zweitklassigkeit, was ihre Rechte betrifft. Heute bieten sich Älteren z.B. ehrenamtliche Freiwilligenjobs oder auch eine Reihe von Tätigkeiten, bei denen es einen Arbeitskräftemangel gibt. Es gibt auch Aufpasserjobs, und nicht zuletzt kann man für weniger oder gar keinen Lohn arbeiten. Dies sind die einzigen verbleibenden Beschäftigungsmöglichkeiten, wenn man dazu gezwungen wird, seine Berufslaufbahn, seine Anstellung und seine Spezialisierung aufzugeben, nur weil man ein gewisses numerisches Alter erreicht hat. Das ist nichts anderes als Diskriminierung. Die Standards des international gültigen Arbeits-

rechts, wie sie die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) vertritt, ebenso wie die im *Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte* aus dem Jahr 1966 (International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights, ICESCR) kodifizierten Anforderungen an einen annehmbaren Arbeitsplatz, lassen diese Art von Diskriminierung nicht zu. Es muss sichergestellt werden, dass diese Verbote klar und ausdrücklich auch auf die Gruppe der Älteren ausgedehnt werden. Alles dies müsste Teil des neuen Rechtsinstruments sein, und ich glaube, das wird im Zentrum aller Diskussionen stehen, wenn es darum geht, die konkreten Bestimmungen einer solchen neuen Konvention zu entwerfen.

Publikum: Wie reagieren eigentlich die Frauen auf den Druck der Gesellschaft, dass sie immerzu pflegen, hüten und behüten sollen? Wir Frauen ziehen unsere Kinder auf, sollen aber auch noch unsere Mütter und Schwiegermütter pflegen. Dieser Druck der Gesellschaft ist eine verborgene Diskriminierung. Eine EU-Schätzung geht davon aus, dass in den nächsten Jahren 20 Millionen ›informelle‹, also kostenlose Pflegerinnen gebraucht werden. Es wird also an 20 Millionen Frauen gedacht. Ich fände es vielmehr angemessen, dass die Hälfte der daheim geleisteten Pflegearbeit von Männern erbracht wird.

Vladimir Spidla: Nach meiner Kenntnis leisten in Spanien die Männer 50 Millionen Stunden, die Frauen dagegen 200 Millionen Stunden jährliche Pflegearbeit. In Deutschland, in der Tschechischen Republik und vielen anderen Ländern dürfte das Verhältnis ähnlich sein. Das ist ein wirkliches Problem. Moderne Frauen haben drei Schichten: Kinder, Arbeit und ältere Leute. Das ist wirklich nicht zu schaffen. Wir müssen Dienste entwickeln, um den Helferinnen zu helfen. Um diesbezüglich ein Gleichgewicht zwischen Frauen und Männern herzustellen, müssen wir auch neue, unterschiedliche Organisationsformen von Kinderbetreuung entwickeln. Es muss Druck entstehen auf die Männer.

Henning Scherf: Die Genderfrage ist auch im Bereich des demografischen Wandels zentral. Bei den berufstätigen Frauen ist bereits einiges in Bewegung. Alle bremischen Gerichte haben inzwischen Frauen als Vorsitzende, sodass nun die Männer eine Quote für sich verlangen. Solche Entwicklungen müssen auch in anderen Bereichen durchgesetzt werden. Ich selbst lebe seit 25 Jahren in einer Altenwohngemeinschaft, die derzeit aus fünf Männern und zwei Frauen besteht. Um Pflegebedürftige können wir uns nur gemeinsam kümmern, anders geht es nicht. Wir haben dabei erfahren, dass es sehr wohl möglich ist, uns Männer in diese Arbeit mit einzubeziehen.

Craig Mokhiber: Unsere Untersuchungen haben auch gezeigt, wie wichtig das Problem *mehrfacher* Diskriminierung für ältere Menschen ist. Es ist schon schwer genug, sich gegen *Altersdiskriminierungen* in allen Bereichen zu wehren, die für ein Leben in Würde von Belang sind, sei es im Privatleben, in politischen, wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Zusammenhängen. Rechnet man aber noch jene Faktoren von Diskriminierung dazu, denen jemand aufgrund seiner Rasse, seines Geschlechts, seiner Sprache oder seiner Religion lebenslang ausgesetzt ist, dann vervielfacht sich Diskriminierung und lastet umso schwerer auf den Individuen.

Besonders im Hinblick auf ältere Frauen wird dies auf vielfache Weise deutlich. Frauen müssen vielfältige Benachteiligungen hinnehmen, die aus ihrer Stellung auf dem Arbeitsmarkt herrühren und daraus, welche Bedeutung ein traditionelles Verständnis der Frauenrolle in unseren Gesellschaften hat, oder gar als Opfer von Gewalt. Dies gilt selbst für Länder, in denen es diesbezüglich messbare Fortschritte gegeben hat. Die Auswirkungen solch mehrfacher Benachteiligungen können wirtschaftlicher Art sein oder auch einen Kräfteverschleiß bewirken, der die Möglichkeit zu politischem Engagement einschränkt. Dann kommen das Erreichen des Pensionsalters und die daraus resultierenden weiteren Benachteiligungen, z.B. bei der Rente. In einigen Ländern ist die Zahlung von Betriebsrenten unter der Bedingung eigener, lebenslanger Beitragszahlungen gesetzlich geregelt. Einer Frau, die nicht in einem Unternehmen mit eigenem Betriebsrentensystem gearbeitet hat, weil sie in ihrem Leben andere, nicht weniger wichtige Arbeit verrichtet hat, ist unter diesen Umständen ein Rentenbezug verwehrt, was sich erst in voller Härte zeigt, wenn das Ruhestandsalter erreicht wird.

Die mehrfache Diskriminierung hat eine starke geschlechtsspezifische Ausprägung. Dies ist bei den Überlegungen zur Wahrung der Rechte älterer Menschen zu berücksichtigen. Wir wissen, dass sich die verschiedenen Arten der Benachteiligung von Frauen auch negativ auf Männer auswirken. Wenn wir also eine *Ethik der Achtsamkeit* fordern, die wir den weiblichen Mitgliedern der Gesellschaft beibringen wollen bzw. von denen wir sie erwarten, während wir darauf bei den männlichen Mitgliedern der Gesellschaft verzichten, dann müssen wir Nachteile hinnehmen, wo es um das Vermögen geht, füreinander zu sorgen oder auch nur kluge politische Entscheidungen über die Pflege Bedürftiger zu treffen. Denn die Annahme, »die Mutti wird sich schon darum kümmern«, ist einfach hoffnungslos altmodisch.

Dies trifft auch in puncto Gewalt gegen Frauen zu, z.B. in Gesellschaften, die ein gewisses Maß von Gewalt gegen Frauen dulden. Wir wissen, dass dies oft einhergeht mit einer allgemeinen Hinnahme von Gewalt auf

einem Level, auf dem junge Männer überproportional involviert sind. Wenn wir also die Gewalt gegen Frauen bekämpfen und eine globale Ethik der Achtsamkeit fördern, dann verbessern wir zugleich die gesellschaftliche Lage *aller* Mitglieder der Gesellschaft. Diesen Gedanken habe ich eingangs schon im Hinblick auf die positiven Auswirkungen gesellschaftlicher Unterschiedlichkeit, der *Diversität*, ausgeführt. Alter, Geschlecht, Rasse, Sexualität, Sprache, Religion – alle diese Faktoren, die das Mosaik unserer Gesellschaften bilden, entwickeln sich in verschiedenen Gesellschaften bisweilen stürmisch. Hierin kann man Übergangsschwierigkeiten angesichts großer Herausforderungen feststellen. Schlussendlich geht es aber um stärkere, gesündere und menschlichere Gesellschaften als Voraussetzung dafür, diese Herausforderungen zu meistern. Mir scheint, hierin jetzt zu investieren, macht sehr viel mehr Sinn, als sich später mit den Kosten herumzuschlagen, die sonst entstehen würden.

Publikum: Junge Männer sind heute häufiger familiär gefordert, weil die Frau auch arbeitet. Wie ist das in anderen Ländern? In Deutschland ist diese Entwicklung im Gange. Die Älteren stellen sich darauf ein, indem die Großmütter und teilweise die Großväter die Kinderbetreuung übernehmen.

Henning Scherf: Immer mehr Männer nehmen Elternzeit. So wird ein Prozess sichtbar, der die Rollen verändert. Alters-, Frauen- und auch die Männerbilder verändern sich. Das ist eine Chance.

Craig Mokhiber: Die positiven Veränderungen, wie sie hier beschrieben wurden, sind zweifellos in vielen Gesellschaften feststellbar. Zwar wird oft behauptet, aufgrund unterschiedlicher kultureller Traditionen würden menschenrechtliche Vorstellungen voneinander abweichen. Aber auch über diese kulturellen Traditionen kann man unterschiedlicher Ansicht sein. Gesellschaften und Traditionen entwickeln sich weiter, und ich möchte annehmen, dass die weltweite Menschenrechtsbewegung dazu beiträgt. Auch die Frauenrechtsbewegung hat überall dazu beigetragen, dass Grenzen überschritten und den Frauen z.B. mehr Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt, mehr Bildungs- und bessere Lebenschancen geboten wurden. Das veränderte in der Folge die ganze Gesellschaft.

So weit sind wir noch nicht, was die Rechte der Älteren angeht. Vor uns liegt noch ein langer Weg, bevor volle Gleichberechtigung erreicht ist. Aber wir sehen, dass es heute schon an vielen Orten auf der Welt diesen Trend gibt. Und es ist möglich, Vorurteile und Rollenerwartungen, die den Menschen aufgrund ihres Alters entgegengebracht werden, zu verändern.

Eine andere, sehr erfolgreiche UN-Konvention ist das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (*Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women*, CEDAW). Diese Konvention ist von vielen Regierungen ratifiziert worden, und sie wird von der weltweiten Frauenbewegung, darunter auch Beteiligte aus Deutschland, als normative Grundlage ihrer Arbeit genutzt. Während diese Bewegung fortschreitet und weil man Veränderungen im Rechtssystem, in der Politik und bei den gesellschaftlichen Einstellungen gegenüber Frauen feststellen kann, die mehr und mehr Fortschritte in Richtung Gleichstellung ermöglichen, ist diese Konvention auch ein Beispiel dafür, wie es weitergehen könnte, wenn es eine vergleichbare Bewegung für die Rechte älterer Menschen gäbe. Solche Veränderungen sind also möglich.

Die Rolle älterer Menschen verändert sich in allen Gesellschaften, auch in Europa, und das trifft auch auf Afrika und Asien zu. Überall entwickeln sich die Dinge, mal zum Besseren, mal zum Schlechteren. In Afrika gibt es eine ganze Großeltern-Generation, die dort die Kinder aufzieht, wo große Teile der Zwischengeneration an AIDS gestorben ist. Überall gibt es Menschen, die länger leben und die deshalb neue Aufgaben übernehmen. Unsere Gesellschaften werden sich weiterentwickeln. Meine Sorge ist nur, dass die Politik, die Institutionen und die gesellschaftlichen Mechanismen nicht mit den Veränderungen vor Ort Schritt halten können. Das ist es, woran wir arbeiten müssen, insbesondere im Hinblick auf die Situation der Älteren.